Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg M 540. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr M 540 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Postboten, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile 60 ₰, deren Raum f. Bezirk 14.- M, außerhalb desselben 16.- M einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 8 Mk. Reklame-Zeile 40 M. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 258. | Neuenbürg, Freitag, den 3. November 1922. | 80. Jahrgang.

Poincare und die Wahrheit.

Von besonderer Seite wird geschrieben:

In der Sitzung der französischen Deputiertenkammer am 27. Oktober wurden die Fragen des nahen Ostens behandelt. An den Interpellationen, deren Beantwortung der Ministerpräsident Poincare erledigte, beteiligten sich die Abgeordneten Belle und Barthe. Belle stellte einige Fragen nach früheren Vereinbarungen, die von den Kabinetten Briand und Ribot auf Kosten der Türkei mit den Alliierten zum Abschlusse gelangten; Barthe wünschte zu wissen, ob das zaristische Rußland von seinen Verbündeten die Zusicherung Konstantinopels unter Wahrung der Dardanellenfreiheit erhalten habe. Poincare, der als früherer Präsident der Republik in sämtlichen geheimen Abmachungen der Republik eingeweiht ist, erwiderte auf Barthes Frage: „Niemals haben wir den Russen Konstantinopel versprochen." . . . In derselben Debatte verlieh sich Herr Poincare den Titel eines „Advokaten der Wahrheit und Frankreichs."

Wie steht es nun mit der „Wahrheit", daß Frankreich die Zudt des Khalifen niemals den Russen zuerkannt habe? Die aktenmäßigen Quellen sind spärlich. Sie stammen fast durchwegs aus der Nachkriegszeit.

Vor vierzehn Tagen veröffentlichte Professor Toynbee, ein Beamter des britischen Außenamts, ein Buch, das die griechisch-türkische Frage auf Grund der während des Krieges und in den Friedensjahren getroffenen interalliierten Beschlüsse untersucht. In dem Buche lesen wir: „Im September 1914 begannen die abschließenden Verhandlungen zwischen dem russischen Botschafter in London und dem Foreign Office über die Konstantinopeler Frage; sie wurde in engem Kontakt mit dem französischen Botschafter Cambon geführt. Der russischen Regierung wurde die bindende Zusage erteilt, daß Konstantinopel dem Zarenreiche zufallen werde unter Vorbehalt der Freiheit des Dardanellen-Seeweges. Ueber die Aufteilung der Türkei kam man schon überein, daß die kleinasiatischen Gebiete von den Unterhandlungen des Islam befreit werden müßten; England wurde Mesopotamien restlos zugesprochen, nebst freier Disposition über Aegypten; Frankreich erhielt Syrien und Smyrna (!); Italien Adalia, Alexandrette."

Wichtiger als dieses Zeugnis sind die Aeußerungen der beiden französischen Staatsmänner und Poincares selbst, die wir in dem Buche des Prinzen Sixtus von Bourbon finden. Wie bekannt, bemühte sich Prinz Sixtus in den Jahren 1916 bis 1917 um einen Sonderfrieden der Entente mit Oesterreich-Ungarn; er führte vertrauliche Besprechungen mit den leitenden Diplomaten des französischen Außenamts und mit Poincare, dem er den Friedensantrag seines Schwagers, Karl von Oesterreich, übermittelte. Im Verlaufe dieser Gespräche gelangte auch die Frage Konstantinopel aufs Tapet.

Wir zitieren im Nachstehenden aus dem Buche des Prinzen Sixtus. Am 23. November 1916 sagte der damalige Direktor des französischen Außenamtes Jules Cambon zum Prinzen: „. . . Konstantinopel gehört den Russen; wir sind da etwas zu kalt gewesen. Es war ein großer Fehler." Am 3. März 1917 teilte der damalige Präsident der Republik, Poincare, dem Prinzen mit: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Rußland den Krieg ausschließlich um Konstantinopel führt." Am 11. März desselben Jahres, als die Umwälzung in Rußland eingetreten war, erkundigte sich Poincare bei dem Prinzen, wie man in Wien über Konstantinopel denke; als der Prinz erwiderte, daß diese Frage leicht geregelt werden könne, meinte der Präsident: „Die Dinge werden in der Türkei einen ganz anderen Lauf nehmen als man denkt."

Am 23. Juni 1917 sprach der Schwager Karls mit Jules Cambon. Der damalige Direktor des auswärtigen Amtes machte unter anderem die Mitteilung, daß die neue russische Regierung durch Vermittlung des Ministers Maklakof nach Paris und London habe wissen lassen, die Abmachungen betreffs Konstantinopels hinfällig zu erklären. „Wir sind nun gezwungen, die Kriegsziele der Entente einer gründlichen Umgestaltung zu unterziehen, denn der Schritt Rußlands ändert unsern ganzen Plan. Keinesfalls werden wir aber Rußland die Mitwirkung bei der Aufstellung der neuen Kriegsziele bewilligen. Wir werden tun, was wir wollen. Die Aufgabe Konstantinopels durch die revolutionäre Regierung in Petersburg zwingt uns zu einer Neuorientierung unserer Kriegszielpolitik."

Diese Zeugnisse genügen. In der Kammersitzung vom 27. Oktober hat sich der „Advokat der Wahrheit" abermals in schmählicher Weise zum Lügner gemacht.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 1. Nov. Die amerikanische Armeeverwaltung in Koblenz hat auf die Ermittelung des Täters bei dem Mordversuch auf den amerikanischen Major James Sauerwein eine Belohnung von 100 000, die Eisenbahnverwaltung eine solche von 30 000 und der Regierungspräsident in Wiesbaden von 20 000 Mark ausgesetzt.

Berlin, 1. Nov. Es verlautet, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben erneut den Rücktritt des Reichswehrministers Geßler gefordert. Das Ministerium soll dem preußischen Minister des Innern Severing (Soz.) übertragen werden.

Berlin, 2. Nov. In der gestrigen Sitzung der Wilmersdorfer Bezirksversammlung wurde der Antrag auf Umbenennung der Königstraße, in welcher Rathenau ermordet wurde, in Rathenaustraße, sowie die Errichtung eines Gedenksteines an der Mordstelle endgültig abgelehnt. Der Bezirksverordnete von der Deutschen Volkspartei erklärte, daß er gegen beide Ehrungsversuche sei, da die Familie für den Heimgegangenen eine schönere Ehrung, und zwar ohne jeden Stachel plane. Es sollen nämlich in der Villa des Ministers die Möbel und Kunstschätze dem Reich als dauernde Stiftung überwiesen werden. Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und demokratischen Partei wurde der Antrag abgelehnt.

Das Expose Dr. Hermes.

Berlin, 2. Nov. Ueber die gestrigen Beratungen zwischen den Vertretern der Reparationskommission und der Reichsregierung wird halbamtlich mitgeteilt: In den Beratungen, die zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und den Delegierten der deutschen Regierung stattfanden, entwickelte Reichsminister Dr. Hermes seine Auffassung über die Umstände, die in Betracht gezogen werden müssen, wenn einer weiteren Verschlechterung der Mark nachhaltig und mit Erfolg entgegengewirkt werden soll und die zugleich maßgebend sein dürften, um ein richtiges Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt herzustellen. Die Verhandlungen werden morgen nachmittag fortgesetzt.

Die Prüfung des deutschen Budgets.

Berlin, 2. Nov. Gestern nachmittag hielten die Delegierten der Reparationskommission erneut interne Besprechungen im Hotel „Prinz Albrecht" ab. Es verlautet in unterrichteten Kreisen daß der Aufenthalt in Berlin zum mindestens bis Ende nächster Woche bemessen sein wird. In der Tat wird allein schon die eingehende Prüfung des deutschen Budgets, die die Reparationskommission vornimmt, geraume Zeit in Anspruch nehmen. Heute nachmittag 3 Uhr werden im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz von Dr. Hermes die Beratungen weitergeführt werden, und man gedenkt sich zunächst mit dem deutschen Voranschlag für 1923 zu befassen, über den voraussichtlich Staatssekretär Schröder berichten wird. Es ist möglich, daß in der heutigen Sitzung Barthou zu einer längeren, grundsätzlichen Erwiderung das Wort ergreifen wird. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß die Reparationskommission eine Entscheidung in Berlin selbst nicht treffen wird. Ueber die Frage einer internationalen Reparationsanleihe und eines Moratoriums im besonderen wird die Reparationskommission diesmal wahrscheinlich gar nicht verhandeln, sondern vielmehr diese Probleme der großen Brüsseler Konferenz überlassen.

Erhöhte Teuerungszulagen für die Beamten.

Berlin, 2. Nov. In den Verhandlungen über die Regelung der Novemberbezüge der Beamten, die gestern im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamtenverbände stattfanden, erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums gegenüber den Forderungen der Beamtenvertretungen, daß der Monat Oktober als endgültig abgegolten anzusehen sei, daß die Forderungen für November gar keine Verhandlungsgrundlage für die Regierung darstellten, und daß er es mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches ablehnen müsse, irgend ein Kompromiß zu schließen. Er machte sodann von der Regierungsvorlage Mitteilung, die eine Erhöhung des gesamten Teuerungszuschlages zum Grundgehalt, Ortszuschläge und Kinderzulagen von 11 auf 44 Prozent vorsieht und eine 25prozentige Erhöhung der Gesamtbezüge darstellt. Die Vertreter der Organisationen erklärten sich mit diesem Angebot einverstanden unter der Voraussetzung, daß die hier getroffene Regelung nur als eine vorläufige anzusehen sei und daß es den Organisationen vorbehalten bleiben müsse, zu einem späteren Zeitpunkt über die endgültigen Novemberbezüge mit der Regierung zu verhandeln. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums nahm dies zur Kenntnis. Die Regierungsvorlage wird nunmehr nach Zustimmung des Kabinetts dem Reichsrat und Reichstag zugehen.

Woran wir Inlanddeutsche lernen können.

Was zielbewußter, energischer Wille zuwege bringt, haben deutsche Landsleute in St. Louis in Amerika gezeigt. Clemenceau, der große Kriegsverbrecher, befindet sich zur Zeit auf einer Reise in Amerika, um das stark gesunkene Ansehen Frankreichs notdürftig wiederherzustellen. Dank der geschickten Werbetätigkeit der französischen Botschaft in Washington und der französischen Vereine war Clemenceau von einer Reihe großer Städte offiziell zu Vorträgen eingeladen worden, und dazu gehörte auch das nach dem französischen König Ludwig dem Heiligen getaufte St. Louis an der Mündung des Missouri. St. Louis hat von jeher trotz seines französischen Ursprungs zu den stärksten Bollwerken des Deutschtums in Amerika gehört. Empört über diese Einladung, begannen die vereinigten deutschen Vereine und Genossenschaften dagegen Sturm zu laufen. Ihr energisches Auftreten verfehlte seine Wirkung nicht. Bürgermeister und Stadtrat mußten die Einladung rückgängig machen.

Ausland.

London, 1. Nov. Einer Blättermeldung zufolge wurde in Dublin von den Rebellen versucht, das Polizeibureau in die Luft zu sprengen. Dabei sind 6 Personen verwundet worden. Es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

Mussolini und Schanzer.

Mailand, 1. Nov. Mussolini empfing gestern abend den früheren Außenminister Schanzer, mit dem er die außenpolitische Lage Italiens besprach. Auch die Orientfrage, die Mussolini vor allem mehr unter nationalen Gesichtspunkten betrachtet wissen will, wurde behandelt. Der faszistische Befehlshaber von Mailand, Rossi, ist von Mussolini nach Rom berufen und ihm die dortige Leitung des Pressamts übertragen worden.

Zum Wahlkampf in England.

Paris, 2 Nov. Die Londoner Meldungen gehen dahin, daß der Wahlkampf zwischen Lloyd George und den Konservativen sich wesentlich verschärft hat. Die Konservativen haben Lloyd George durch ihre offizielle Verleugnung einer Wahlverständigung mit der Koalitionsgruppe gereizt und Lloyd George wieder hat mit seinem darauffolgenden Angriff gegen die Konservativen die Situation stark zugespitzt. Die neuesten Ministerernennungen Bonar Laws seien die Antwort darauf, indem nur die Namen bekannter konservativer Politiker genannt werden. Ebenso hat die Konservative Partei durch Aufstellung von Kandidaten in weiteren 25 bis 40 Wahlkreisen eine Verschärfung des Wahlkampfes gegen Lloyd George begonnen. Lloyd George seinerseits soll erklärt haben, daß er in der Lage sei, weitere 150 Kandidaten gegen die Konservativen aufzustellen. Nach einer Reuter-Meldung wurden für die Wahlen zum Parlament aufgestellt 452 Konservative, 170 nationale Liberale, 308 Altliberale, 410 Arbeiterparteiler. Es kandidieren 33 Frauen, die verschiedenen Parteien angehören. Falls die nationalen Liberalen ihre angedrohten Wiedervergeltungsmaßnahmen gegen die Konservativen ausführen, wird sich die Zahl der nationalen liberalen Kandidaten erheblich vermehren.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 2. Nov. (Die Germania-Freimarken seit 1. November ungültig.) Wie sich gezeigt hat, werden immer noch zahlreiche Briefsendungen zur Post gegeben, die ganz oder teilweise mit den alten Germaniabild-Freimarken beklebt sind. Diese Marken sind seit 1. November ungültig. Wer seine Germania-Marken nicht rechtzeitig, d. h. bis zum 31. Oktober gegen andere Marken umgetauscht hat, verwende die noch in seinem Besitz befindlichen Germaniatypmarken ja nicht mehr zur Freimachung von Postsendungen, da der Empfänger von Sendungen mit Germania-Marken den doppelten Betrag für die ungültigen Marken zu bezahlen hat. Zugelassen sind nur noch Postkarten und Briefumschläge, Streifbänder, Kartenbriefe und Postanweisungen mit eingeprägten Germania-Wertstempeln; aber auch diese Karten usw. mit eingeprägten Wertstempeln dürfen heute nicht mehr mit anderen Germania-Marken nachgeklebt sein.

Neuenbürg, 2. Nov. (Noch keine Portoerhöhung am 1. November!) Durch die vielerlei Nachrichten über Porto- und Tariferhöhungen wurde im Publikum eine Verwirrung angerichtet. Vielfach begegnet man der Auffassung, als ob bereits am 1. November die angekündigte 50prozentige Portoerhöhung eingetreten sei. Demgemäß muß daran erinnert werden, daß der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium am 24. Oktober beschlossen hat, die Portosätze erst am 1. Dezember zu erhöhen, dafür aber um 100 Prozent. Dagegen sind die erhöhten Eisenbahnfahrpreise in Kraft getreten.

Neuenbürg, 2. Nov. Vom Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich werden wir um Aufnahme nachstehender Notiz ersucht: Der 31. Dezember ist der letzte Tag, an dem Entschädigungsanträge auf Grund des Verdrängungsschädengesetzes eingereicht werden können. Jeder Geschädigte muß seinen Antrag auf den dazu vorgesehenen Formularen A, B, M (bei verschleuderten Liegenschaften kommt Formular J in Frage) einreichen bzw. erneuern. Dies trifft auch für die zu, die von einem Feststellungsausschuß schon eine Unterstützung, Beihilfe oder Vorschuß erhalten haben. Formulare bei jeder Ortsgruppe, Vorprüfungsstelle oder vom Elsaß-Lothringischen Hilfsbund-Verlag (Duplikate) erhältlich.

Neuenbürg, 3. Nov. Der heute vor acht Tagen durch reichlichen Schneefall sich geltend gemachte Winter behauptet sein Regiment in beängstigender Weise. Zwar ist der Schnee infolge reichlichen Regens der letzten Tage verschwunden, dafür ist aber an seine Stelle heute eisiger Wind, der bis auf die Knochen geht, mit Reif getreten, teilweise sogar mit Eisbildung. Ein böses Vorzeichen angesichts der Brennstoffknappheit und der immer weiter steigenden Kohlenpreise.

Württemberg.

Stuttgart, 1. Nov. (Not der Presse.) Die „Schwäbische Tierbörse", eine Fachzeitschrift für Kleintierzucht, die in Neresheim bisher erschienen ist, hat den Landwirtschaftlichen Hauptverband davon in Kenntnis gesetzt, daß sie gezwungen ist, ihr Erscheinen einzustellen. Bedauerlich infolge des Mangels einer Konzentration sachlicher Veröffentlichungen im Interesse der Kleintierzucht ist dieses Aufhören weiter das Zeichen für den großen Mangel an Verständnis, der von den Beteiligten ihrer Fachpresse und deren Aufgaben entgegengebracht wird. Dieser Mangel an Interesse wird sich bitter rächen; leider ist es dann zu spät.

Stuttgart, 1. Nov. (Landesverbandstag der Mieter Württembergs.) Am 16. und 17. Dezember findet in Stuttgart der Verbandstag der Mietervereine von Württemberg und Hohenzollern statt. Er beginnt mit einer öffentlichen Tagung, zu der alle Behörden, Berufsorganisationen, politischen Parteien usw. eingeladen und auf der verschiedene mit dem Wohn- und Mietwesen verbundene Fragen behandelt werden. Gleichzeitig findet eine Landeskonferenz der Mieterbeisitzer bei Mieteinigungsämtern statt, ebenso eine Landesbesprechung über Mietervertretungen.

Stuttgart, 1. Nov. (Württ. Sparkassen-Giroverband.) Im großen Saal des Bürgermuseums fand am 28. Oktober dieses

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Jahres die Jahresversammlung des Württ. Sparkassen-Giroverbands statt. Der Verbandsvorsteher, Oberbürgermeister a. D. Dr. von Wagner, begrüßte zu Beginn die zahlreiche Versammlung, bei der sämtliche württembergische Sparkassen vertreten waren, u. a. besonders auch die Vertreter des Ministeriums des Innern, der Kreisregierungen, der Verbandsvorstände des Badischen Sparkassen-Giroverbands, 1. Bürgermeister Ritter in Mannheim, Direktor Jursch von der Deutschen Girozentrale in Berlin und Direktor Baerli von der Spar- und Leihkasse für die Hohenzollerischen Lande in Sigmaringen. Hierauf erstattete Direktor Hohl den Geschäftsbericht der Württ. Girozentrale für das Jahr 1921. Trotz der Schwere der Zeit sind hier erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die vorhandenen Einrichtungen sind weiter ausgebaut worden, so sind unter anderm von 12 Oberamtssparkassen 16 neue Zweigstellen mit besonderen Kasseneinrichtungen eröffnet worden. Dem Ausbau der Ortssparpflegen wurde überdies noch besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit der Erhöhung der Einlagenhöchstsummen und der Genehmigung des An- und Verkaufs von Wertpapieren ist das Ministerium des Innern den Wünschen der Sparkassen entgegengekommen. Erfreuliche Fortschritte hat die Verbandsrevision gemacht, der jetzt fast sämtliche Verbandssparkassen angeschlossen sind. Von besonderer Bedeutung wird die auf 1. Januar 1923 zur Einführung gelangende neue Sparkassenbuchführung sein, die auf dem System der doppelten Buchführung aufgebaut und berufen ist, den Sparkassenbetrieb auf eine sichere und einheitliche Grundlage zu stellen. Bei allen diesen Fortschritten ist bedauerlich, der verhältnismäßige Rückgang der Spareinlagen. Der zahlenmäßige Zugang ist im Berichtsjahr zwar noch um einige 100 Millionen gestiegen, die aber an der Entwertung der Mark gemessen, ein Trugbild darstellen, das uns über die Verkümmerung des Sparsinns in unserer Bevölkerung nicht hinwegtäuschen darf. Die Jahresrechnung wurde genehmigt, und das Betriebskapital von 5 auf 40 Millionen erhöht. Die dem Verbandsvorstand im Voraus erteilte Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen wurde der Geldentwertung entsprechend von 250 Millionen auf 1 Milliarde erhöht. Direktor Müller machte den Vorschlag, daß dem Vorgehen der Banken entsprechend im Sparverkehr 1½, im Giroverkehr 3 Prozent als Mindestsätze gelten sollen, während für Kündigungsgelder (Deposition) 5, 6 und 7 Prozent festgesetzt werden könnten. Nach einer längeren Aussprache wurde durch Mehrheitsbeschluß der Vorschlag auf Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen auf 5 Prozent, die der Girozinlagen auf 3 Prozent angenommen, während die Festsetzung des Ausleihezinsfußes den einzelnen Sparkassen überlassen werden soll. Ausdrücklich aber wurde festgestellt, daß die Erhaltung und weitere Festigung der bis jetzt in Württemberg bestehenden öffentlichen Sparkassen oberster Grundsatz sein müsse.

Stuttgart, 2. Nov. (Beziehungen zwischen Aerzten und Krankenkassen in Württemberg.) Unter Beteiligung des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums ist zwischen den Vertretern des württ. Aerzteverbandes und denjenigen der Arbeitsgemeinschaft der württ. Krankenkassenverbände eine Einigung über die gegenwärtigen Streitpunkte erzielt worden, mit deren Annahme seitens der beteiligten Verbände selbst gerechnet werden kann. Es steht zu erwarten, daß hierdurch für Württemberg die Kündigung des Vertragsverhältnisses zwischen Krankenkassen und Aerzten vermieden wird.

Stuttgart, 1. Nov. (Gegen die hohen Steuern.) Auf Veranlassung des Stuttgarter Handelsvereins, des Verbands Württ. Industrieller, des Zentralverbands des Deutschen Großhandels, der Arbeitsgemeinschaft des Württ. Einzelhandels und des Vereins württ. Handelsvertreter sprach am vergangenen Montag im Bürgermuseum Dr. Burger, stellv. Syndikus der Handelskammer Stuttgart, über die neue württ. Gewerbebesteuerung. In einer Entschließung forderte die Versammlung, daß die Bestimmungen des Landessteuerausführungsgesetzes in tunlichster Bälde eine Abänderung erfahren, die den Lebensnotwendigkeiten von Handel und Industrie in angemessener Weise Rechnung trägt. Damit müsse aber Hand in Hand gehen eine angemessene Verteilung der Einnahmen aus den öffentlichen Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter Ermäßigung der Sätze der Reichseinkommensteuer und Einführung eines durch eine Obergrenze beschränkten Zuschlagsrechts der Gemeinden. Es wurde beschlossen, diese Entschließung an das Württ. Arbeitsministerium, Württ. Finanzministerium und den Württ. Landtag zu richten und der Handelskammer Stuttgart als der Vertreterin der Interessen von Handel und Industrie zu übergeben.

Stuttgart, 2. Nov. (Fleischpreiserhöhung.) Die Stuttgarter Metzgerinnung hat die Fleischpreise mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 150 Mark, Rindfleisch 2. Güte 152—162 Mark, Kuhfleisch 1. Güte 116—126 Mark, Kuhfleisch 2. Güte 106—110 Mark, Kalbfleisch 180—184 Mark, Schweinefleisch 520 Mark. Schaffleisch und Hammelfleisch unverändert.

Zuffenhausen, 1. Nov. (Das Zeitungssterben.) Das seit 24 Jahren hier erscheinende „Neue Tagblatt" nahm in seiner gestrigen Nummer Abschied von seiner Leserschaft, seinen Mitarbeitern und den Vereinen, um „dem Beispiele vieler Hundert anderer deutschen Zeitungen folgend und unter dem Druck der unerhörten Last, der die gesamte Presse auf die Knie zwingt, sein Erscheinen einzustellen und zum letztenmal in die Hände seiner treuen Leser zu gelangen".

Untertürkheim, 2. Nov. (Großfeuer.) Am Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr stiegen auf dem Wasen große schwarze Rauchwolken in der Nähe der Daimler-Motoren-Gesellschaft auf, die auf einen gefährlichen Brand schließen ließen. In der Tat war es ein Großfeuer, das beträchtliche Lager von Oelfässern und Teerbottichen einer Terpentinölfabrik in der Nähe der Daimler-Werke vernichtete. Die Feuerwachen 1 und 2 wurden sofort zur Bekämpfung des Brandes herangezogen, was ihnen im Laufe des Nachmittags auch gelang. Explodierende Fässer erschwerten das Löschen des Brandes außerordentlich. Der Schaden ist beträchtlich.

Waiblingen, 1. Nov. (Auch die billigste Stadt kein Paradies.) Von Waiblingen wird uns geschrieben: Die Uebersicht des Statistischen Landesamts hat ermittelt, daß im September 1922 von allen Gemeinden in Württemberg mit mehr als 5000 Einwohnern Waiblingen die niederste Teuerungszahl mit 8885 aufweist. Leider hat man in Waiblingen selbst noch nicht den Eindruck, in einem solchen Eldorado zu leben. Selbst von Stuttgartern wird uns versichert, daß die hiesigen Preise mit denen der Landeshauptstadt wenigstens gleichen Schritt halten, sie in manchem sogar noch übertreffen. Bei den örtlichen statistischen Erhebungen scheinen wohl nur „Normalpreise" verwertet worden zu sein. Jeder Rückschluß auf die billige Lebenshaltung in Waiblingen wäre also verfehlt.

Tübingen, 2. Nov. (Zweifelhafter Getreidehandel.) Auf dem Bahnhof entwickelte sich seit einiger Zeit ein lebhafter Getreidehandel bei Ankunft der Züge aus der Horber Gegend und aus dem Gäu. Verkäufer waren Handelsleute, welche auf dem Lande Waren, Frucht umtauschten und letztere weiterverkauften. Nun ist aber die Polizei eingeschritten und hat die Getreidebörse geschlossen und ziemliche Vorräte beschlagnahmt.

Rottenburg, 2. Nov. (Pressesonntage.) Wie verlautet haben die auf der Fuldaer Bischofskonferenz versammelten Oberhirten sich eindringlich mit der Not der Presse befaßt und das Ergebnis ihrer Beratungen in einem Erlaß niedergelegt, dessen Veröffentlichung bevorsteht. Pressesonntage werden ähnlich wie in Bayern in den einzelnen Diözesen bestimmt werden. Somit hat der gesamte deutsche Episkopat in dieser ernsten Zeit sein tatkräftiges Interesse an der Notlage der katholischen Presse bekundet.

Aalen, 2. Nov. (Hoffnungsvolle Jugend.) Zwei hoffnungsvolle Früchtchen von 8 und 10 Jahren von Jebenhausen bei Göppingen wurden von der hiesigen Bahnstation der Polizei übergeben. Der Aeltere hatte seinen Eltern gegen 800 Mark gestohlen. Beide hatten eine Fahrkarte nach Königsbronn, wo sie eine Tante besuchen wollten. Von dem Geld hatten sie nur noch 130 Mark im Besitz. Das übrige war schon ausgegeben für Schokolade und andere Schleckereien.

Baden.

Müllheim, 1. Nov. Vorgestern nacht drangen Einbrecher in die katholische Stadtkirche ein, durchbohrten die schwere Eingangstüre und ließen sich von der Empore an einem Seil in die Kirche hinab. Bei den entwendeten Gegenständen handelt es sich um die reinen Silberwerte. Weniger edles Metall ließen die Diebe liegen. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Vermischtes.

Memmingen, 2. Nov. Ein hiesiger Viehhändler meldete an, daß er 60 000 Mark verloren habe; es stellte sich aber heraus, daß er die Summe einem Bauern versehentlich zu viel ausbezahlte. Glückliche Leute, die es gar nicht merken, wenn sie 60 000 Mark zu viel auszahlen!

Stillegung einer Spinnerei. Der ganzen Belegschaft der Mechanischen Baumwollspinnerei und -Weberei in Kaufbeuren i. A. wurde auf 11. November gekündigt. Die Firma sieht sich wegen Mangels an Rohstoffen zur Arbeitseinstellung gezwungen.

Ein Mangel. Der Verlust unserer Wehrmacht wirkt sich jetzt auch nach einer Richtung hin aus, an die man kaum noch dachte. Die größeren Bauernbetriebe können unmöglich die noch ungeernteten Mengen Kartoffeln, Futter- und Zuckerrüben einbringen und gleichzeitig noch die schon sehr verspätete Bestellung der Wintersaat vornehmen. Es muß bei dem Mangel an Arbeitskräften für das Land vieles zugrunde gehen, was schon morgen eine Lebensnotwendigkeit ist. Früher konnte ein in Not gekommener Betrieb alsbald auf militärische Hilfe zurückgreifen. In kurzer Zeit waren tüchtige, willige Helfer zur Stelle, denen die härteste Arbeit unter den neuen Verhältnissen als angenehme Abwechselung erschien. Erinnerungen knüpfen sich an solche Aushilfen, die zu den schönsten des militärischen Lebens gehörten. Unsere Reichswehr ist natürlich zu wenig zahlreich. Sie enthält jedenfalls auch viel zu wenig Leute, die für die landwirtschaftlichen Notarbeiten in Betracht kommen könnten. Die Reichswehr muß beisammen bleiben zum Schutz gegen Elemente, die im hungrigen Frühjahr am lautesten nach dem Brot schreien werden, das jetzt in Gefahr ist, zu verderben.

Weiteres Nachlassen der Bautätigkeit. Der Rückgang der Bautätigkeit hält weiter an. Die Zahl der Zugänge an Neubauten erreicht nicht einmal die Hälfte der Vergleichszeit im Vorjahre. Im Monat Oktober sind nach den Veröffentlichungen im Bautennachweis der „Bauwelt", Berlin, 1618 Wohnungs-, sowie 249 Fabrikbauten im Deutschen Reiche bekannt geworden gegen 4675 Neubauten im gleichen Monat des Vorjahres. Im September d. Js. wurden von dem genannten Fachblatt 1715 Wohnungs- sowie 294 Fabrikbauten festgestellt.

Das Flugzeug auf dem Handkarren. In Eisenach trafen am Sonntag drei Vertreter der Akad. Fliegergruppe Berlin-Charlottenburg ein, die ein motorloses Flugzeug auf einem zweirädrigen Handkarren vor sich herschoben. Die Studenten waren am Freitag von der Wasserkuppe abmarschiert und wurden lt. Frkft. Ztg. von vier anderen akadem. Flugschülern abgelöst, die das Flugzeug nach Charlottenburg auf die gleiche Weise weiter befördern wollen. Die hohen Frachtkosten und die Not der akademischen Jugend sind die Gründe der sonderbaren Beförderung, die hoffentlich dazu führt, daß die Eisenbahnverwaltung in Zukunft derartigen hochbedeutsamen Bestrebungen tatkräftige Hilfe zuteil werden läßt.

Eine Volksversicherung für Begräbniskosten. Zur Bestreitung der in die Tausende gehenden Kosten für eine einigermaßen würdige Beerdigung ist in manchen Gegenden Deutschlands von seiten der Kirche eine Volksversicherung ins Leben gerufen worden, die den Beitragenden diese oft drückende Geldsorge abnimmt. Die Berliner evangelischen und katholischen Gemeinden haben damit den Anfang gemacht; nunmehr ist die Mecklenburger evangelische Kirche gefolgt. Für jedes Mitglied der Landeskirche kann eine Versicherung bis zu 10 000 Mark beantragt werden. Die Beitragssätze sind möglichst niedrig gehalten. Die Kirchengemeinderäte bilden die Ortsrechnungsstellen, wodurch zugleich eine Verbilligung erzielt wird. Wie man hört, sind bereits in anderen Landeskirchen ähnliche Erwägungen im Gange.

Von Unbekannten nichts kaufen! Ein Bankbeamter in Oelsnitz i. V. erwarb von einem Unbekannten für den jetzt mäßigen Preis von 30 000 Mark einen wertvollen Pelz. Bald stellte sich jedoch heraus, daß der Pelz mit verschiedenen andern Pelzwaren aus einem Leipziger Pelzwarenhause gestohlen war. Das schöne Bekleidungsstück wurde beschlagnahmt, und die dafür gezahlten 30 000 Mark sind überdies verloren.

Hamburger Zeitungspreis. Die Hamburger Zeitungen mit täglich zweimaligem Erscheinen haben ihre Bezugspreise auf 600—730 Mark erhöht.

Ein geheimnisvoller Streich. Ein eigenartiger Vorfall macht, Blättermeldungen zufolge, in Eger von sich reden. Im Egerer Schützenhaus erschienen in der Nacht sechs Männer in Dominokostüm mit Gasmasken und sperrten den Pächter in den Bierkeller. Während dieser Zeit wurden sämtliche Türen und Fenster im Schützenhause von den Eingedrungenen abgehängt und fortgeführt, so daß sich am Morgen die Gastwirtschaft in reichlich ventiliertem Zustande präsentierte. Nach 2 Uhr früh verließen die unbekannten Männer das Schützenhaus, nachdem dort ganze Arbeit geleistet worden war. Das Schützenhaus

Der Schimmelreiter

Novelle von Theodor Storm. [35

Ein Haufen neuer Plag' und Arbeit erhob sich vor der Seele des Deichgrafen; nicht nur der alte Deich mußte hier verstärkt, auch dessen Profil dem des neuen angenähert werden; vor allem aber mußte der als gefährlich wieder aufgetretene Priehl durch neu zu legende Dämme oder Lahnungen abgeleitet werden. Noch einmal ritt er auf dem neuen Deich bis an die äußerste Nordwestecke, dann wieder rückwärts, die Augen unablässig auf das neugewühlte Bett des Priehles heftend, der ihm zur Seite sich deutlich genug in dem bloßgelegten Schlickgrund abzeichnete. Der Schimmel drängte vorwärts und schnob und schlug mit den Vorderhufen, aber der Reiter drückte ihn zurück, er wollte langsam reiten, er wollte auch die innere Unruhe bändigen, die immer wilder in ihm aufgor.

Wenn eine Sturmflut wiederkäme — eine, wie 1655 dagewesen, wo Gut und Menschen ungezählt verschlungen wurden —, wenn sie wiederkäme, wie sie schon mehrmals einst gekommen war! — Ein heißer Schauer überrieselte den Reiter — der alte Deich, er würde den Stoß nicht aushalten, der gegen ihn heraufschösse! Was dann, was sollte dann geschehen? — Nur eines, ein einzig Mittel würde es geben, um vielleicht den alten Koog und Gut und Leben darin zu retten. Hauke fühlte sein Herz stillstehen, sein sonst so fester Kopf schwindelte; er sprach es nicht aus, aber in ihm sprach es stark genug: Dein Koog, der Hauke-Haien-Koog müßte preisgegeben und der neue Deich durchstochen werden!

Schon sah er im Geist die stürzende Hochflut hereinbrechen und Gras und Klee mit ihrem salzen, schäumenden Gischt bedecken. Ein Sporenstich fuhr in die Weichen des Schimmels, und einen Schrei ausstoßend, flog er auf dem Deich entlang und dann den Akt hinab, der deichgräflichen Werfte zu.

Den Kopf voll von innerem Schrecknis und ungeordneten Plänen kam er nach Hause. Er warf sich in seinen Lehnstuhl, und als Elke mit der Tochter in das Zimmer trat, stand er wieder auf und hob das Kind zu sich empor und küßte es; dann sagte er das gelbe Hündlein mit ein paar leichten Schlägen von sich. „Ich muß noch einmal droben nach dem Krug!" sagte er und nahm seine Mütze vom Türhaken, wohin er sie eben erst gehängt hatte.

Seine Frau sah ihn sorgvoll an: „Was willst du dort? Es wird schon Abend, Hauke!"

„Deichgeschichten!" murmelte er vor sich hin, „ich treffe von den Gevollmächtigten dort."

Sie ging ihm nach und drückte ihm die Hand, denn er war mit diesen Worten schon zur Tür hinaus. Hauke Haien, der sonst alles bei sich selber abgeschlossen hatte, drängte es jetzt, ein Wort von jenen zu erhalten, die er sonst kaum eines Anteils wert gehalten hatte. Im Gastzimmer traf er Ole Peters mit zweien der Gevollmächtigten und einem Koogeinwohner am Kartentisch.

„Du kommst, wohl von draußen, Deichgraf?" sagte der erstere, nahm die halb ausgeteilten Karten auf und warf sie wieder hin.

„Ja, Ole," erwiderte Hauke; „ich war dort, es sieht übel aus."

„Uebel? — Nun, ein paar hundert Soden und eine Besteckung wird's wohl kosten; ich war dort auch am Nachmittag."

„So wohlfeil wird's nicht abgehen, Ole," erwiderte der Deichgraf, „der Priehl ist wieder da, und wenn er jetzt auch nicht von Norden auf den alten Deich stößt, so tut er's doch von Nordwesten!"

„Du hätt'st ihn lassen sollen, wo du ihn fandest!" sagte Ole trocken.

„Das heißt," entgegnete Hauke, „der neue Koog geht dich nichts an; und darum sollte er nicht existieren. Das ist deine eigene Schuld! Aber wenn wir Lahnungen legen müssen, um den alten Deich zu schützen, der grüne Klee hinter dem neuen bringt das übermäßig ein!"

„Was sagt Ihr, Deichgraf?" riefen die Gevollmächtigten; „Lahnungen? Wie viele denn? Ihr liebt es, alles beim letzersten Ende anzufassen!"

Die Karten lagen unberührt auf dem Tisch. „Ich will's dir sagen, Deichgraf," sagte Ole Peters und stemmte beide Arme auf, „dein neuer Koog ist ein fressend Werk, was du uns gestiftet hast! Noch laboriert alles an den schweren Kosten deiner breiten Deiche; nun frißt er uns auch den alten Deich und wir sollen ihn verneuen! — Zum Glück ist's nicht so schlimm; er hat diesmal gehalten und wird es auch noch ferner tun! Steig nur morgen wieder auf deinen Schimmel und sieh es dir noch einmal an!"

Hauke war aus dem Frieden seines Hauses bisher gekommen; hinter den immerhin noch gemäßigten Worten, die er eben hörte, lag — er konnte es nicht verkennen — ein zäher Widerstand; ihm war, als fehle ihm dagegen noch die alte Kraft. „Ich will tun, wie du es rätst, Ole," sprach er, „nur fürcht ich, ich werd es finden, wie ich es heut gesehen habe."

— Eine unruhige Nacht folgte diesem Tage; Hauke wälzte sich schlaflos in seinen Kissen. „Was ist dir?" frug ihn Elke, welche die Sorge um ihren Mann wach hielt: „drückt dich etwas, so sprich es von dir; wir haben's ja immer so gehalten!"

„Es hat nichts auf sich, Elke!" erwiderte er, „am Deiche, an den Schleusen ist was zu reparieren; du weißt, daß ich das allzeit nachts in mir zu verarbeiten habe." Weiter sagte er nichts; er wollte sich die Freiheit seines Handelns vorbehalten; ihm unbewußt war die klare Einsicht und der kräftige Geist seines Weibes ihm in seiner augenblicklichen Schwäche ein Hindernis, dem er unwillkürlich auswich.

— — Am folgenden Vormittag, als er wieder auf den Deich hinauskam, war die Welt eine andere, als wie er sie tags zuvor gefunden hatte, zwar war wieder hohl Ebbe, aber der Tag war noch im Steigen, und eine lichte Frühlingssonne ließ ihre Strahlen fast senkrecht auf die unabsehbaren Watten fallen; die weißen Möwen schwebten ruhig hin und wieder, und unsichtbar über ihnen, hoch unter dem azurblauen Himmel, sangen die Lerchen ihre ewige Melodie.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nd «Weberei in Kaufbeuren
ündigt. Die Firma soll
zur Arbeitseinstellung g

arrer Wehrmacht wirft sich
us, an die man kaum noch
ebe können unmöglich die
eln, Futter- und Zucker-
ch die schon sehr verspäteten
en. Es muß bei dem Man-
d vieles zugrunde gehen,
ndigkeit ist. Früher konnte
sbald auf militärische Hilfe
en tüchtige, willige Helfer
unter den neuen Verhält-
g erschien. Erinnerungen
zu den schönsten des mili-
Reichswehr ist natürlich in
alls auch viel zu wenig
en Notarbeiten in Betracht
uß beisammen bleiben zum
igen Frühjahr am lautesten
jetzt in Gefahr ist, zu ver-

igkeit. Der Rückgang der
ahl der Zugänge an Neu-
ste der Vergleichszeit im
nach den Veröffentlichun-
lt", Berlin, 1618 Woh-
Deutschen Reiche bekannt
gleichen Monat des Vor-
en von dem genannten
4 Fabrikbauten festgestellt.
ren. In Eisenach trafen
d. Fliegergruppe Berlin-
es Flugzeug auf einen
eschoben. Die Insassen
be abmarschiert und mu-
akadem. Flugschülern ab-
ttenburg auf die gleiche
hohen Frachtkosten und
d die Gründe der sonder-
zu führt, daß die Eisen-
n hochbedeutsamen Bestre-
läßt.

ibnisunkosten. Zur Be-
n Kosten für eine einzige-
nchen Gegenden Deutsch-
sversicherung ins Leben
diese oft drückende Geld-
ellschen und katholischen
gemacht; nunmehr ist die
lat. Für jedes Mitglied
ng bis zu 10 000 Mark
sind möglichst niedrig ge-
en die Ortsrechnungs-
gung erzielt wird. Wie
desfirchen ähnliche Er-

Ein Bankbeamter in
bekannten für den jetzt
wertvollen Pelz. Bald
mit verschiedenen andern
rrenhause gestohlen war.
plagnahmt, und die dafür
erloren.
Hamburger Zeitungen
rben ihre Bezugspreise

eigenartiger Vorfall
ger von sich reden. Im
Nacht sechs Männer in
rten den Pächter in den
en sämtliche Türen und
gedrungenen abgehängt
n die Gastwirtschaft in
erte. Nach 2 Uhr früh
Schützenhaus, nachdem
r. Das Schützenhaus

iebt es, alles beim

Tisch. „Ich will's
und stemmte beide
ssend Werk, was du
o an den schweren
uns auch den alten
Zum Glück ist's nicht
wird es auch noch
uf deinen Schimmel

aufes bisher gekom-
gien Worten, die er
Kennen — ein zäher
gegen noch die alte
le," sprach er, „nur
hent gesehen habe."
Tage; Hauke wälzte
ir?" frug ihn Elke.
hielt: „drückt dich
s so immer so ge-

rte er, „am Deiche,
du weißt, daß ich
abe." Weiter sagte
s Handelns vorbe-
ht und der kräftige
ßlichen Schwäche
ch.
er wieder auf den
ere, als wie er sie
er hohl Ebbe, aber
ste Frühlingssonne
nabsehbaren Wat-
uhin hin und wie-
r dem azurblauen
lodie.

war von den nordwestböhmischen Tschechen gemietet worden, welche dort ihre Kundgebung veranstalten wollten.

Durch eigene Arbeit. Der junge William B. Vanderbilt, dessen Vater mit der „Lusitania" unterging, hat unbeschadet seines Millionenerbes den Ehrgeiz, seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen. Er hatte bei einer amerikanischen Bank eine bescheidene Anstellung gesucht und gefunden, und hat sich hier als fleißiger, pünktlicher und zuverlässiger Beamter bewährt, der nach Geschäftsschluß seine Mahlzeit in demselben kleinen Restaurant einnahm, in dem auch seine Kollegen zu speisen pflegen. In diesen Tagen wird nun der junge Mann für großjährig erklärt werden und seine Erbschaft antreten. Zu dieser gehört auch ein Herrschaftssitz, den ihm sein Großvater hinterlassen hat, und dessen Wert auf 5 Millionen Dollars geschätzt wird.

Verirrte Granaten. Aus Philadelphia wird gemeldet, daß bei einer Artillerieschießübung bei Fort Cheridan Granaten in Lake Forest einschlugen, wo die Villen der Millionäre stehen. Auch die Villa Rockefellers wurde beschädigt. Mehrere Personen wurden verletzt. Der die Schießübung leitende Artillerieoffizier wurde verhaftet.

Der kluge Papagei. Anläßlich des Wiederauftretens des bekannten Berliner Komikers Richard Alexander erzählt das „Neue Wiener Journal" folgende hübsche Anekdote: Die Gesellschaft in dem gastfreien Hause Alexanders hat einmal einen schweren Schlag erhalten. Der talentierte Papagei hatte heimlich Nachhilfestunden im Sprechen genommen — bei der treuen Amin Tine aus Hinterpommern, die bei dem Ehepaar Alexander seit nunmehr vierzig Jahren in Stellung ist. Als bei einer Abendgesellschaft einer der hervorragendsten Berliner Kühnenleiter, der stets mit großem Pathos gern und reichlich spricht, in seiner Tischrede kurz innehielt, rief eine Stimme plötzlich mit gleichem Pathos: „Oller Quatschkopp!" Einzelne Gäste wollen diese Bemerkung ohne Widerspruch hingenommen haben.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 2. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 179 Ochsen, 13 Bullen, 226 Jungbullen, 175 Jungrinder, 337 Kühe, 226 Kälber, 412 Schweine, 2 Schafe. Unverkauft blieben 5 Kühe und 71 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 14 500—15 300, 2. 11 000—13 800, Bullen 1. 13 000—14 000 2. 11 000—12 500, Jungrinder 1. 14 500—15 300, 2. 12 800 bis 14 000, 3. 10 500—12 000, Kühe 1. 10 000—12 500, 2. 8000 bis 9500, 3. 6500—7600, Kälber 1. 19 500—20 500, 2. 18 200 bis 19 000, 3. 17 000—18 000, Schweine 1. 39 000—40 000, 2. 37 000—38 000, 3. 30 000—35 000 Mark. Verlauf des Marktes: bei Kälbern lebhaft, sonst mäßig.

Erhöhung des Weizenmehlpreises. Der Entwicklung des Kornmarktes folgend, erhöhte die Südd. Mühlenvereinigung am Dienstag von 34 200 auf 35 200 Mark für die 100 Kilo mit Sack ab Mühle. Am Mittwoch folgte nun eine weitere Erhöhung auf 35 700 Mark, womit der Höchststand vom 27. Oktober wieder erreicht ist. Das Geschäft ist stockend und nicht befriedigend, da es an Ware fehlt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 2. Nov. Am 13. November, vormittags 9½ Uhr, findet im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer, Stuttgart, Lindenstraße 3, die 7. Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einige Ergebnisse aus der Tätigkeit der Abt. Pflanzenbau. 2. Finanzierungsfragen. 3. Kreditgewährung für die Landwirtschaft. 4. Getreideumlage in Württemberg. 5. Laufende Angelegenheiten der Landwirtschaftskammer. 6. Wünsche und Anträge. Es ist nur ein Sitzungstag in Aussicht genommen.

Oggersheim, 2. Nov. Die Mühle König u. Herf in Oggersheim ist in der vergangenen Nacht einem verheerenden Großfeuer zum Opfer gefallen. Den vereinten Anstrengungen der verschiedenen Wehren ist es gelungen, den Brandherd auf die Mühle selbst zu beschränken. Bei dem Versuch, das im Keller lagernde Mehl zu bergen, wurden fünf Feuerwehrleute und der Obermüller Wachtbücher verschüttet. Der Meister stürzte, als kaum 3 Zentner Mehl geborgen waren, zusammen und begrub die 6 Menschen unter seinen Trümmern. Es besteht wenig Hoffnung, die Verunglückten noch lebend zu bergen, da die glühenden Holz- und Eisenteile den Bergungsarbeiten Schwierigkeiten entgegensetzen und neue Einstürze zu befürchten sind. Der teilweise durch Versicherung gedeckte Schaden dürfte sich auf weit über 25 Mill. Mark belaufen.

Braunschweig, 2. Nov. Im Landtag ist ein Initiativantrag Hampe (Bürgerliche Vereinigung) auf Abänderung der braunschweigischen Verfassung, soweit sie sich auf den Landtag bezieht, eingegangen. Danach soll die Landesvertretung künftig nur aus 36 Abgeordneten bestehen. Ein Antrag Käser (DVP.) fordert die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 60 auf 40.

Berlin, 2. Nov. Die Reparationskommission und Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der von mehreren Staatssekretären unterstützt wurde, hielten drei Besprechungen ab, in deren Verlauf die Vertreter der Reichsregierung die den Haushalt für 1922 und 1923 betreffenden Fragen, sowie die Fragen der Stabilisierung der Mark und der schwebenden Schuld darlegten. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde unter Zurückstellung einer gewissen Anzahl Fragen zur späteren Erörterung vereinbart, daß Minister Hermes in der Nachmittagssitzung vom 3. November eine schriftliche Darlegung der von der Reichsregierung vorgesehenen Lösungen vorlegen wird. Die weiteren Erörterungen werden auf der Grundlage dieser offiziellen Mitteilungen geführt.

Berlin, 3. Novbr. Nach dem „Berliner Tageblatt" sind die ausländischen Sachverständigen der Reparationskommission, soweit ihre Ansichten bisher zur Kenntnis der maßgebenden deutschen Stellen gelangt sind, der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß einzig und allein eine Goldanleihe des Auslands zu dem besonderen Zweck, eine Aktion zur Hebung der deutschen Währung in die Wege zu leiten, Erfolg bringen könne. Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird die deutschen Vorschläge der Reparationskommission heute Mittag in Form einer ausführlichen Denkschrift vorlegen. Diese Denkschrift wird neben den positiven Vorschlägen zur Frage der Markstabilisierung auch eine ausführliche Darstellung der Entwickelung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands enthalten.

Berlin, 2. Nov. Das „Berliner Tageblatt" hört, daß in den Kreisen der Reparationskommission keine Neigung besteht, die zur Zeit in Berlin anwesenden ausländischen Währungssachverständigen zu den offiziellen Verhandlungen mit deutschen Regierung hinzuzuziehen. Die Sachverständigen werden, dem gleichen Blatt zufolge, voraussichtlich erst morgen zu ihrer ersten gemeinschaftlichen Sitzung zusammentreten. Einige Vorstände klinischer und naturwissenschaftlicher Institute Berlins sind eingeladen worden, der Reparationskommission morgen über die Notlage der wissenschaftlichen Institute Deutschlands ausführliche Auskunft zu erteilen.

Berlin, 3. Nov. Die Zechenvertrauensmännerversammlung des Christlichen Bergarbeiterverbands hat, wie der Essener Korrespondent der „Voss. Ztg." meldet, die in dem Schiedsspruch vorgesehene prozentuale Erhöhung der Bergarbeiterlöhne des Ruhrreviers für November als unzureichend bezeichnet. Dagegen hat sie sich mit dem Gedanken der kollektiven Lohnprämie einverstanden erklärt, weil eine solche Verbindung der Entlohnung mit der Förderleistung den Anforderungen der Produktion ebenso entspreche wie den Interessen der Bergarbeiter.

Berlin, 3. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Anfrage im Reichstag eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche zuständige Stelle die Genehmigung zur Ausfuhr des Diadems erteilt habe, das der ehemalige Kaiser als Brautgeschenk nach bisher unwidersprochenen Nachrichten in Berlin habe anfertigen lassen, das einen Wert von mehreren hundert Millionen Mark habe und aus Deutschland nach Holland ausgeführt werden solle. Falls um die Ausfuhrgenehmigung nicht ersucht worden sei, wird gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen könne und welche strafrechtlichen Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, wenn dieses Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reichs gebracht werden sollte.

Berlin, 2. Nov. In dem Prozeß gegen die „Freiheit" beantragte der Staatsanwalt gegen den Redakteur Hensel drei Monate Gefängnis. Er betonte, daß die Beweisaufnahme durchaus zu Gunsten des Ministers Dr. Hermes ausgefallen sei. Der Verteidiger Hensels, Rechtsanwalt Levi, beantragte Freisprechung, denn im großen und ganzen sei dem Angeklagten die Beweisführung für den Kern der Anklage gelungen. Wenn nicht alle Schattierungen und Nuancen bewiesen worden seien, so sei dies nicht wesentlich. — Die Verkündigung des Urteils ist auf Samstag vormittag 10 Uhr anberaumt worden.

Versäumte November-Abonnements auf den „Enztäler" können nachgeholt werden.

Erschienene Nummern werden nachgeliefert.

Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

Berlin, 2. Novbr. Das Berliner Polizeipräsidium hat Maßnahmen getroffen, um die öffentlichen Sammlungen zu Gunsten des im Rathenauprozeß verurteilten Techow zu verhindern. — Der Börsenvorstand hat beschlossen, auch in der nächsten Woche am Dienstag, Donnerstag und Samstag keinerlei Wertpapierbörse stattfinden zu lassen. Es werden an diesen Tagen nur Devisen gehandelt. — In den letzten akademischen Ferien sind von rund 90 000 Studenten 40 000 auf Arbeit gegangen, davon 15 000 in die Bergwerke. — Für die Zeit von 8. bis einschließlich 14. November beträgt das Goldzollaufgeld 85 400 vom Hundert. — Zum Nachfolger Frassatis als italienischer Botschafter in Berlin ist Baron Avezzano, früher italienischer Botschafter in Washington, ausersehen.

Hamburg, 2. Nov. Dem Geheimrat Burmester, dem bekannten Geiger, wurden gestern abend im Hotel aus seinem Koffer Valuten im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen. — Nach einer hier eingetroffenen Meldung hat der auf der Fahrt nach Mexiko begriffene Dampfer „Else Stinnes" 38 Mann der Besatzung des untergegangenen französischen Segelschiffes „Corsaire" gerettet und auf den Azoren gelandet.

Amsterdam, 3. Nov. Vorgestern trafen die Tochter des ehemaligen deutschen Kaisers, Prinzessin Viktoria Luise, mit ihrem Gemahl, dem vormaligen Herzog von Braunschweig, und Prinz Adalbert mit seiner Gemahlin hier ein. Heute vormittag kam der frühere deutsche Kronprinz hier an.

Paris, 2. Novbr. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington hat auch der italienische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Rolando Ricci, seine Demission eingereicht, um Mussolini die Möglichkeit zu geben, seinen Posten mit einem Mann seines persönlichen Vertrauens zu besetzen.

Lissabon, 2. Nov. In den Stürmen der letzten Woche sind an der portugiesischen Küste über 200 Fischerboote untergegangen.

Athen, 3. Nov. Der frühere König Konstantin, dessen Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch in Kleinasien festgestellt sei, soll ersucht werden, vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen, widrigenfalls er von dem Kriegsgericht in Abwesenheit abgeurteilt werde. Der Prozeß gegen die angeklagten Persönlichkeiten soll im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Große Anfrage über die Not der Kriegsopfer.

Stuttgart, 2. Nov. Beim Landtag wurde folgende von allen Parteien außer den Kommunisten unterzeichnete Große Anfrage eingebracht: „Ist der württ. Staatsregierung bekannt, daß das vom Reichsrat am 21. Juni 1922 beschlossene Gesetz über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentenempfänger auf den weitaus größten Teil der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen infolge der fortschreitenden Teurung und der engherzigen Auslegung der fraglichen Bestimmungen keine Anwendung findet, so daß von den 43 000 Militärrentenempfängern in Württemberg keine 10 Prozent diese Teuerungszuschüsse erhalten? Ist das Staatsministerium in Anbetracht der großen Notlage der Kriegsopfer bereit, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß eine loyalere Auslegung des obengenannten Gesetzes Platz greift, und daß vor allem die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, die eine Reihe von in diesem Gesetz enthaltenen Härten beseitigen soll, dem Reichstag beschleunigt vorgelegt wird?"

Die Donau-Versinkungsfrage.

Stuttgart, 2. Nov. Im Anschluß an die in einer der letzten Sitzungen erfolgten Besprechung der Donauversinkungsfrage wurde gestern im Finanzausschuß folgender Antrag Scheef (DDP.), Schermann (Ztr.), Göhring (Soz.), Dr. Wolf (BP.), Bickes (DNVP.) einstimmig angenommen: 1. Den von der württ. Regierung gegenüber der badischen Regierung in der Donauversinkungsfrage in der Vollversammlung des Landtags vom 6. Oktober 1922 vertretenen Standpunkt zu billigen und insbesondere sich damit einverstanden zu erklären, daß bei der Weiterverfolgung der Angelegenheit die gesamten württembergischen Interessen an der Erhaltung der Wasserführung der Donau gewahrt werden. 2. Die Erwartung auszusprechen, daß sich die badische Regierung wie der badische Landtag der Dringlichkeit dieser wichtigen Frage nicht verschließen und im Verein mit Württemberg zu einer Lösung beitragen mögen, die den wichtigeren wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in erster Linie Rechnung trägt.

Gewerkschaftliche Wiederaufbaupolitik.

Die Berliner Gewerkschaftsorganisation, der fast alle Funktionäre der Berliner Industrie angehören, faßte in einer gestern früh abgehaltenen Sitzung den Beschluß der Arbeitsruhe in allen Berliner Betrieben am 9. November mit der Annahme, daß auch in den andern deutschen Industriezentren dieser Tag durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Die von verschiedenen Rednern gleichzeitig gewünschte Durchführung des Beschlusses der Verantwortung eines Umzuges bleibt den Arbeiterparteien überlassen, die sich hoffentlich überlegen werden, ob eine Straßendemonstration im gegenwärtigen Augenblick wirklich unbedingt erforderlich ist. Die Neigung zum Feiern soll überhaupt in der Arbeiterschaft, wie man uns versichert — die Kommunisten natürlich ausgenommen — nicht vorhanden gewesen sein, aber die Gewerkschaftsorganisation beschließt und die Parteien werden gehorchen. — Das Kartell republikanischer Verbände Berlin veranstaltet am 9. November, nachmittags vier Uhr, auf dem Dönhoffplatz eine Massenkundgebung für die Republik und die Opfer des Weltkrieges. Die Kundgebung bringt von mehreren Stellen aus Fünf-Minuten-Reden bekannter republikanischer Politiker.

Der Dollar bei 5000.

Der Dollarkurs betrug am Donnerstag Mark 4975.—.

Für 30 Milliarden Mark englische Kohlen für die Reichsbahn.

Die deutsche Regierung ist durch die Kohlenlieferungen an die Entente und den Verlust der Kohlenbergbaugebiete genötigt gewesen, bisher für insgesamt 30 Milliarden Mark englische Kohlen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichsbahn einzuführen.

Konferenz der Währungs-Sachverständigen.

Berlin, 2. Nov. Die Konferenz der ausländischen Währungssachverständigen in Berlin ist Donnerstag vormittag mit einer Ansprache des Reichskanzlers Dr. Wirth eröffnet worden. In bezug auf den Niedergang der deutschen Währung und das Bestreben, die Mark zunächst einmal auf irgend eine Basis festzulegen, habe die Reichsregierung das Bedürfnis gehabt, zu hören, wie man dieses Problem vom Ausland aus ansieht, und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladungen an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genua, insbesondere das Sachverständigenkomitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutsames Gutachten darüber erstattet, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals gesagt: Wenn die äußere Schuldenlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt, und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig die Folge haben, daß auf einmal die Märkte von den anderen Ländern gestört werden und daß weiter eine fortgesetzte Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland völlig hindert, irgend einen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen. Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?

2. Wenn nein, welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?

3. Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen? Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten ganz nach eigenem Ermessen einzuleiten und durchzuführen. Sie können dabei ganz unter sich bleiben, können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget, über die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und anderes besonders unterrichtet werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an Sachverständige der Wissenschaft und Praxis richten. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Fragen wird sicher im Inland und Ausland mit Spannung erwartet und tiefe Beachtung finden.

Verdoppelung der Postgebühren ab 15. November.

Berlin, 2. Nov. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit der Vorlage betreffend eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren. Der Berichterstatter führte aus, daß trotz aller Erhöhungen der Gebühren die Postverwaltung sich heute bereits wieder einem Defizit von 60 Milliarden Mark infolge Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sachlichen Ausgaben gegenübersehe. Bei der Gesamtlage der Reichspost ist es klar, daß eine Sanierung vor allem nur herbeigeführt werden kann durch eine Verminderung der Personalausgaben, die drei Viertel aller Ausgaben darstellen, und durch eine Vereinfachung der Verwaltung. Die Ausschüsse haben für

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

diesmal mit dieser Frage sich nicht eingehender beschäftigt, sondern die Vorlage unverändert angenommen. Diese soll eine Mehreinnahme von 41 Milliarden ermöglichen, für den Rest des Rechnungsjahres 13 Milliarden, so daß immer noch ein Defizit von rund 50 Milliarden zu decken sein wird. Im großen und ganzen sind die Erhöhungen auf dem Prinzip der Verdoppelung der Gebühren aufgebaut, so daß der Brief im Fernverkehr 12 Mark, die Postkarte 6 Mark kosten soll. Bei den Zeitungsgebühren ist im Hinblick auf die große Notlage der Presse von einer Erhöhung abgesehen, aber die Post will sich dadurch schadlos halten, daß das Zeitungsbestellgeld wieder eingeführt werden wird. — Von anderer Seite wird berichtet, daß dieses Bestellgeld außerordentlich hoch sein wird. Die Bestellung einer jeden Zeitung soll künftighin 1,50 Mark kosten, ein Wochenblatt würde an Bestellgebühr im Jahre 78 Mark kosten, eine sechsmal in der Woche erscheinende Zeitung kostet bei 300 Nummern im Jahr 450 Mark Postbestellgebühr. Statt Hilfsmaßnahmen also neue Belastungen. — Die Erhöhung der Gebühren soll am 15. November in Kraft treten, die Wiedereinführung des Zeitungsbestellgeldes erst später. Reichspostminister Giesberts wies darauf hin, daß die gestrigen Beschlüsse wegen Erhöhung der Beamtengehälter natürlich wieder katastrophal auf die Verkehrsverwaltungen wirkten.

Die Sache wird so kommen, daß wir für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr von 120 bis 150 Milliarden haben werden. Ziemlich restlos ist bisher die Erhöhung im Fernsprechverkehr geschluckt worden. Heute liegen mehr Anmeldungen als Abmeldungen vor, weil eben dieses moderne Verkehrsmittel nicht entbehrt werden kann. Der Briefverkehr dagegen geht in ganz enormer Weise zurück und nach dieser Erhöhung wird der noch mehr zurückgehen. Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder schon jetzt, ihre Regierungen auf ganz wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten. Die notwendig werdenden Gebühren werden derart sein, daß sie zum Zusammenbruch großer Organisationen, besonders der sozialen und Wohltätigkeitsorganisationen führen müssen. Die sozialen Einrichtungen, insbesondere die Versicherungsorganisationen, ebenso die Behörden werden ungeheuer belastet und es werden gewisse kulturelle Interessen und Menschenkreise betroffen, die ohnehin einen schweren Kampf ums Dasein führen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Balanzierung des Etats aufrecht zu erhalten ist oder nicht. Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

Diktatorische Vollmachten für Mussolini.

Rom, 2. Nov. Gestern abend hat in Rom ein mehrstündiger Ministerrat stattgefunden, auf dem Mussolini umfassende Vollmachten für seine auswärtige Politik gegeben wurden. Der Ministerrat genehmigte einstimmig die Antwort Mussolinis an den Grafen Sforza. Ferner wurde festgestellt, daß die Lage in der Adria und in Dalmatien zu keiner Beunruhigung Anlaß gibt. Auch legte der Ministerpräsident seine Richtlinien für die Orientfriedenskonferenz in Lausanne dar und erklärte, daß er sich auch mit der Wiedergutmachungsfrage beschäftige. Was die innerpolitische Lage anbetrifft, so betonte Mussolini, daß fast überall wieder normale Zustände herrschen. Die Zwangsmaßnahmen, welche die Faszisten gegen einzelne Personen, Zeitungen und Institutionen ergreifen mußten, würden bald aufgehoben werden.

Telegrammwechsel zwischen Mussolini und Poincare.

Paris, 2. Nov. Ministerpräsident Poincare hat an Mussolini auf das Telegramm von dessen Amtsantritt wie folgt geantwortet: „Ich danke Ihnen für Ihr liebenswürdiges Telegramm. Ich freue mich, Ihnen versichern zu können, daß die Regierung der Republik auch fernerhin mehr als je dem Andenken der Waffenbrüderschaft und der Aufrechterhaltung der Solidarität treu bleiben wird, die dem Krieg eine siegreiche Wendung gegeben haben."

Feier zu Ehren in französischer Erde ruhender deutscher Krieger.

Paris, 2. Nov. Wie schon in den Vorjahren auf den Pariser Friedhöfen Bagneux und Ivry, fand heute auf dem Friedhof Pantin eine eindrucksvolle Feier zu Ehren der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger statt, welcher die in Paris wohnenden deutschen Beamten und Angestellten, sowie die Vertreter der deutschen Presse mit Angehörigen beiwohnten. Die deutschen Kriegergräber sämtlicher Pariser Friedhöfe trugen Blumenschmuck. Bei der Einweihung des Gedenksteins hielt Botschafter Dr. Mayer eine Ansprache, worin er aller in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger gedachte. Die Not der Heimat sei groß und fordere täglich neue Opfer, aber keine noch so große Not werde jemals aus den Herzen des deutschen Volkes die Gefühle der Dankbarkeit und Bewunderung für unsere Tapferen auslöschen. Ihr leuchtendes Beispiel werde dem deutschen Volk ein heiliges Vermächtnis der Vaterlandsliebe bleiben und ein mächtiger Ansporn sein, Deutschland wieder zu besseren Tagen emporzuführen. Das Pflichtgefühl der Ueberlebenden müsse sich mit dem Heldentum der Toten in dem Bekenntnis versöhnen: Patria inserviendo consumor. — Die Frau des Botschafters Dr. Mayer legte für die deutschen Mütter und Frauen einen Kranz nieder.

Niederlage der englischen Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen.

London, 2. Nov. Gestern haben in England und Wales die Gemeinderatswahlen stattgefunden, deren Ergebnis, wie die Blätter hervorheben, angesichts der nahe bevorstehenden Neuwahlen von besonderem Interesse ist. Die bisherigen Wahlergebnisse zeigen eine sehr schwere Niederlage der Arbeiterkandidaten und einen Erfolg der Konservativen. Es wird besonders betont, daß die Industriestädte im Norden gegen die Arbeiterkandidaten gestimmt hatten. Der „Times" zufolge haben nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Wahlen in der Provinz die Konservativen 101 Sitze gewonnen und 12 verloren, die Liberalen 33 gewonnen und 11 verloren, die Arbeiter 5 gewonnen und 106 verloren, die Altliberalen 37 gewonnen und 19 verloren. Die Ergebnisse der Londoner Wahlen bis 1.30 früh zeigen, daß die Arbeiter in verschiedenen Wahlbezirken, wo sie früher die Mehrheit hatten, schwere Verluste erlitten.

Angora beschließt die Absetzung des Sultans.

Paris, 2. Nov. Die „Chicago Tribune" meldet aus Konstantinopel: Die Nationalversammlung in Angora hat am Samstag die Absetzung des Sultans proklamiert, nach einer Debatte, die bis Mitternacht dauerte. Sie hat nach seinem Nachfolger ernannt, aber sich das Recht vorbehalten, einen Staatschef ohne dynastische Rechte zu wählen.

Auf Verlangen der Regierung von Angora darf die Pforte keine Vertreter zur Orientfriedenskonferenz nach Lausanne entsenden, da nach den Erklärungen Kemal Paschas die Regierung von Angora die gesamte Türkei präsentierte.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingesandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Gräfenhausen. In Sachen des Lagerschuppens möchten wir dem Artikelschreiber im Enztäler vom 27. v. Mts. und seinen Hintermännern erwidern, daß zur Zeit, als der Gemeinderat in ganz ordnungsmäßiger Beschlußfassung sich zur Erstellung eines Lagerschuppens entschlossen hat, der Bau noch zu einem annehmbaren Preis hätte zur Ausführung gebracht werden können. In der Zwischenzeit sind die Materialpreise und Arbeitslöhne aber so gewaltig in die Höhe gegangen, daß der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung zu einem ablehnenden Beschluß gekommen ist. Diese Beschlußfassung erfolgte aber nicht unter dem Einfluß des fraglichen Artikels, der besser unterblieben wäre. Geht aus demselben doch so recht die Unkenntnis der fraglichen Bürger über die Aufgaben der Darlehenskassenvereine hervor. Von jeher hat der Verein die Beschaffung von billigen Futter- und Düngemitteln usw. für die Einwohnerschaft betätigt. Der dabei erzielte geringe Verdienst fließt in die Vereinskasse und nicht in die Tasche der einzelnen Mitglieder. Aus den Jahresbilanzen ist ersichtlich, mit welch unbedeutenden Gewinnen der Verein arbeitet, was ein Beweis dafür ist, daß seine Tätigkeit auf fraglichem Gebiet in der Hauptsache der Einwohnerschaft zugute kommt. Aus dem betreffenden Artikel geht so recht der Neid und die Mißgunst der „mehreren Bürger" gegen den Darlehenskassenverein hervor, der ihnen ein gewisser Hemmschuh zu sein scheint. Dabei ist es für die einfachsten Menschen verständlich, daß der Darlehenskassenverein bei der Beschaffung von Waren für die Gemeindeeinwohner eine ganz ordnungsmäßige Aufgabe erfüllt. Diese seine Tätigkeit läßt sich jederzeit in geordneter Buchführung nachweisen. Ob solches auch anderwärts der Fall ist, wird die Feststellung lehren. Nebenbei ist noch zu erwähnen, daß es vielleicht angezeigt wäre, wenn die Artikelmacher das von ihnen angeführte Sprichwort selbst befolgen würden, denn es ist Unsinn, solches auf einen Darlehenskassenverein anwenden zu wollen.

Darlehenskassenverein.

Am **nächsten Sonntag, Reformationsfest, abends 8 Uhr**, findet im **Gemeindehaus** in **Neuenbürg** ein

Gemeinde- und Volksbund-Abend

statt.

Im Mittelpunkt des Abends steht ein **Vortrag** über das Thema:

Ein Blick in Luthers Häuslichkeit.

Alle evangel. Gemeindeglieder sind herzlich eingeladen.

Dekan Dr. Megerlin

Neuenbürg.

Hochzeits-Einladung.

Wir laden Freunde und Bekannte zu unserer

am Samstag, den 4. November 1922

im Gasthaus z. „Eintracht"

stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst ein.

Fritz Molitor, Neuenbürg. **Hilde Wohlgemuth,** Neuenbürg.

Gasthaus zur „Traube", Obernhausen.

Am **Sonntag, den 5. November, nachm. ½3 Uhr**, findet ein

Konzert mit Tanz,

ausgeführt von der **Birkenfelder Streichkapelle**, Leitung H. D. Karl Kindl, statt.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

Fritz Rathfelder.

Einige Pforzheimer Touristen suchen bei guter Vergütung in der Umgebung von Wildbad eine

Hütte oder ein leeres Zimmer

zu mieten.

Angebote mit Preisangabe erbeten an

Fritz Eberle, Schlosser, **Pforzheim Brötzingen**, Büchenbronnerstr. 80.

Tüchtiges

Mädchen

oder **Fräulein** in kleine Familie gesucht. Verlangt wird: etwas nähen, kochen, kinderlieb und Uebernahme aller Hausarbeit zusammen mit der Hausfrau, gegen gute Behandlung, gute Bezahlung und evtl. Familienanschluß. Eintritt sofort evtl. 1. Dez.

Gustav Sprenger, Stuttgart, Lerchenstr. 81, II.

Württ. Forstamt Langenbrand.

Nadelstammholz-Verkauf

am **Mittwoch, den 15. Novbr. 1922**, vorm. 9.30 Uhr in Waldrennach im Gasthaus zum „Rößle" aus Staatswald I, II, III, IV, VI, VIII: 2287 Ta., 1264 Fi. mit Fm. Langholz: 45 I., 255 II., 837 III., 630 IV., 282 V., 41 VI. Kl. Sägh.: 13 I., 31 II. und 14 III. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

Ata

bestes Putz- u. Scheuermittel

Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.

Alleinige Hersteller:

HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Neuenbürg.

Tafelklavier

preiswert zu verkaufen.

Windhof 406.

Geschäfts-Kalender

für Forstbeamte

für 1923 sind vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhandlung, Inh. D. Strom.

Feldrennach.

Entgehendes

Wanduhr

verkauft

Duß.

Grunbach.

Zugelaufen

Halbhund, braun, Hündin.

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld.

Friedrich Späth.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

Ch. Meeh'sche Buchdruckerei.

Sämtliche Lohnmetzger und Ausschlächter

werden zu einer

Besprechung zwecks Lohnregelung

auf **kommenden Sonntag nachmittag 2 Uhr** in das **Gasthaus zur „Tannenburg"** in **Neuenbürg** eingeladen.

Mehrere Metzger.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma **Beer & Siend**, Karlsruhe i. B.

3	Proz. Kriegsanleihe	77½	Allgem. El. Akt.	3050
4	„ Bad. Eisenb. Anl.	76	Paketfahrt „	1557
3½	„ do. conv.	79	Nordd. Lloyd Akt.	1010
4	„ Bayern	88	Phönix Akt.	14000
4	„ Württemberger	78¾	Bad. Anilin u. Soda Akt.	4200
			Deutsche Kali-Akt.	6000

Devise Schweiz 1 Francs = Mk. 825.—
„ Holland 1 Gulden = Mk. 1790.—

Vieh-Verkauf.

Von Montag morgen 7 Uhr ab

steht

im Gasthaus zum „Ochsen" in Höfen

ein großer, frischer Transport

gut gewöhnter, junger Milchkühe, gewöhnter, junger, trächtiger Kühe, trächtiger Kalbinnen, schöner Zug- u. Lernstiere, schönes Jungvieh, darunter ein schöner Zuchtfarren,

zum Verkauf und laden Kaufsliebhaber freundl. ein

Rudolf und Berthold Löwengardt, Rexingen.

Regenstation Dobel:

	Anzahl der Tage mit Niederschlag	Anzahl der Tage mit Schneefall	Anzahl der Tage mit Schneedecke	Gesamtniederschlagsmenge	Tägl. Durchschnitt auf 1 qm	Ergiebigste Niederschläge (Datum)
Jan. 1922	24	16	27	182,8 mm	5,22 Liter	44,2 Liter (3. Jan.)
Febr. 1922	19	9	22	147,1 mm	5,25 Liter	41,2 Liter (4. Febr.)
März 1922	23	12	13	147,2 mm	4,74 Liter	24,7 Liter (21. März)
April 1922	26	10	16	277,3 mm	9,26 Liter	63,4 Liter (18. April)
Mai 1922	14	1	1	78,3 mm	2,50 Liter	16,2 Liter (5. Mai)
Juni 1922	16	0	0	156,3 mm	5,22 Liter	30 Liter (14. Juni)
Juli 1922	22	0	0	179,2 mm	5,70 Liter	32,5 Liter (20. Juli)
August 1922	14	0	0	146,9 mm	4,70 Liter	33 Liter (16. Aug.)
Sept. 1922	24	0	0	201,5 mm	6,71 Liter	41,8 Liter (16. Sept.)
Okt. 1922	17	3	4	78,3 mm	2,46 Liter	21,6 Liter (21. Okt.)

Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 540. Durch die Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

ℳ 259.

Politische

Der trübste Mon… scheint auch den Anbe… deuten. Der Dollar, … bei, steht dicht bei 500 … der 80 Pfennig wert … spekulation feiert wah… Devisen- und Effekten… spekulierende Volk der … in der Trauerung unter… Glanze der Börsenso… die Reparationskomm… Haushalt in Ordnung … Schuld zu lösen und … möglichen und einigen … fasser Budget im neu… haben betragen, die in… nags gehen. So wer… gebracht, bei vor allem… den Zänkereien vergan… genen Interessen für … doch wohl so weit, de… kommt. Was nützt es … grundsätz Verhältnisse … wenn sie in Berlin n… gen Abhängigkeit von … den und alles befehlen … immer tiefer unter d… Versailler Vertrags k… sche Volkspartei der S… sie diesen Zustand mit … gewalt durch Erweiter… gesetzlichen Gewalt … aber doch danach trach… scheinbare Kraft zu k… griff von außen ausge… parationskommission … schränkender Deutlichkeit …

Die Italiener ma… nächst gegen die sozia… des Siegers gerichtete … sie die Regierungsgew… Führers Mussolini in … entgegengesetzte Extre… ihre, die bei uns kaum … übrigen machen die M… Sache nicht übel und … nern. Schwerer wird … es zu machen, weil sie … November 1920, der di… und nichtig ansehen un… fordern. Auch ihr Ve… nächst unklar. Ein … uns in Paris, des fri… würtigen Graf Sforza … lehnt. Sehr bedenk… Nordgrenze, in Tirol … leben. Auf das Vorg… ein Vorstoß gegen Ju… Jäger über dem Tir… schen Proklamationen … trols zum Italienische… die Unteilbarkeit Tirol… ihn versucht wird. … uel gewachsen; der er… einer nüchternenen St… lini, der sich in der S… sisi und Landstreicher… erste Siegesrausch vor… Recht fordert, schneller … talienische König hat … war weiches Wachs in … wie ein Herrscher, wah… Spiele gute Mienen m…

Aehnlich ist es in … nenwirkens der bisher … bewegung großen Sch… nativen in mehr als … Partei Lloyd Georges … legungsprozeß in den … Bonar Law hat sein … wird schwerlich alt we… Lloyd George kämpft … zu bringen. Zu Fran… trauen zu. Ueberhaupt … schlagen, seitdem auch … wird. Barthou … botschaftskommission an … die öffentliche Meinung … ohne Sanktionen, d. h. … Blaß dürfen wir dara… eine bessere als die, … Zwangsverwaltung in … bringt, die wir aus eig…

Stuttgart, 3. No…